

Wohlfahrtsstaat und Krisen: Fallbeispiel Schweden

Das Paper wurde verfasst für Momentum 10

Track 7: Zukunft des Wohlfahrtsstaates

von Joachim Philipp Seiringer¹ und Christian Alexander Belabed²

¹ Studienassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der JKU Linz
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz
joachim.seiringer@jku.at

² Studienassistent am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz
christian_alexander.belabed@jku.at

Inhaltsverzeichnis

I Einleitung	4
II Historischer Abriss	6
<i>II.1 Die schwedische Gesamtwirtschaft</i>	6
<i>II.2 Der schwedische Haushalt</i>	7
<i>II.3 Der schwedische Arbeitsmarkt</i>	8
<i>II.4 Die schwedische Krise 1991-1993</i>	9
III Die Weltwirtschaftskrise in Schweden	11
<i>III.1 Indikatoren der Wirtschaftskrise</i>	12
<i>III.2 Maßnahmen und Wege aus der Krise</i>	16
IV Finanzierung des Wohlfahrtsstaates	21
<i>IV.1 Einnahmenseite</i>	22
<i>IV.2 Ausgabenseite</i>	24
<i>IV.3 Umverteilungsaspekte des Wohlfahrtsstaates</i>	27
<i>IV.4 Anhang zu Kapitel IV</i>	31
V Schlussbemerkungen und Ausblick.....	32
VI Literaturverzeichnis.....	34

I Einleitung

Die Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaates in der Nachkriegszeit ist eine wichtige Referenz für die Diskussion über die verschiedenen sozialstaatlichen Ausprägungen in Westeuropa.³ Als in den späten 1970er Jahren Preisstabilität und Finanzkapitalerträge gegenüber Vollbeschäftigung und sozialer Stabilität priorisiert wurden, verlor das umfassende Wohlfahrtsmodell Schwedens, mit seinen hohen sozialen wirtschaftlichen Standards, der Vollbeschäftigung und egalitären Einkommensverteilung, seine Vorbildwirkung für viele Länder. In den neunziger Jahren galt das schwedische Modell als Beleg dafür, dass eine Übersozialisierung in einer globalisierten Ökonomie nicht mehr zu finanzieren sei, ungünstige Anreizstrukturen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringe und überhaupt dem ökonomischen Zeitgeist (Orientierung an der Logik der Finanzmärkte) widerspricht. Diese Logik zwang selbst sozialdemokratische Regierungen in Schweden zu Einschnitten ins Sozialsystem und zur Beschneidung der eigenen fiskalpolitischen Spielräume. Gerade der letzte Punkt ist umso erstaunlicher, als die Anfälligkeit des finanzkapitalistischen Systems mit Fortdauer der neoliberalen Ideologie zu steigen begann, und in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt fand (Schulmeister 2009).

Diese Arbeit ist folgendermaßen gegliedert. Kapitel zwei und drei zeichnen ein Bild der schwedischen Volkswirtschaft sowohl im historischen Kontext, als auch der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei werden die wichtigsten ökonomischen Variablen im Zeitablauf der letzten Jahre dargestellt.

³ Für einen erschöpfenden Vergleich europäischer Sozial- und Wohlfahrtssysteme siehe Schubert et.al. (2008)

Kapitel vier legt den Fokus auf die Entwicklung des Sozial- und Wohlfahrtsmodells in Schweden im Lichte der Strukturreformen, die seit Mitte der 1990er Jahren von den Regierungen vorangetrieben wurden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Finanzierungsstrukturen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in Schweden. Ein Unterabschnitt dieses Kapitels beschäftigt sich mit Aspekten der Umverteilung und Gleichverteilung von Einkommen und Vermögen. Gerade Schweden wird in der politischen Landschaft immer wieder als Modell einer möglichst egalitären, demokratischen Gesellschaft angeführt. Wir wollen zeigen, ob Schweden dieses Prädikat zu Recht verliehen wird.

Im Schlusskapitel wollen wir einige politische Ableitungen anführen und Wege aus dem Dilemma der linken Parteien in Schweden aufzeigen. Das gilt besonders für die sozialdemokratische Partei Schwedens, die erst kürzlich - wie so viele ihrer europäischen Schwesterparteien - bei den Parlamentswahlen eine herbe Niederlage einstecken musste.

II Historischer Abriss

Die im Folgenden präsentierten Wirtschaftsdaten sollen einen kurzen Überblick über das Modell des schwedischen Wohlfahrtsstaates, aber zugleich auch die drastischen Änderungen, die sich ab Beginn der 1990er Jahre in Schweden ergaben, darstellen.

II.1 Die schwedische Gesamtwirtschaft

Die schwedische Volkswirtschaft wuchs im Zeitraum zwischen 1870 und 1970 schneller als beinahe alle anderen Volkswirtschaften. Das BIP pro Kopf wuchs in Schweden mit etwa 2,1 Prozent jährlich überdurchschnittlich stark, verglichen mit 1,7 Prozent anderer ausgewählter OECD-Länder. Zwischen 1950 und 1970 konvergierten die Wachstumsraten Schwedens zu jenen der OECD-Länder (Lindbeck, 2000:13). Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des BIP pro Kopf in Schweden im Vergleich zu den OECD- und OECD-Europa-Ländern von Beginn der 1970er Jahre bis Ende der 1990er Jahre.⁴

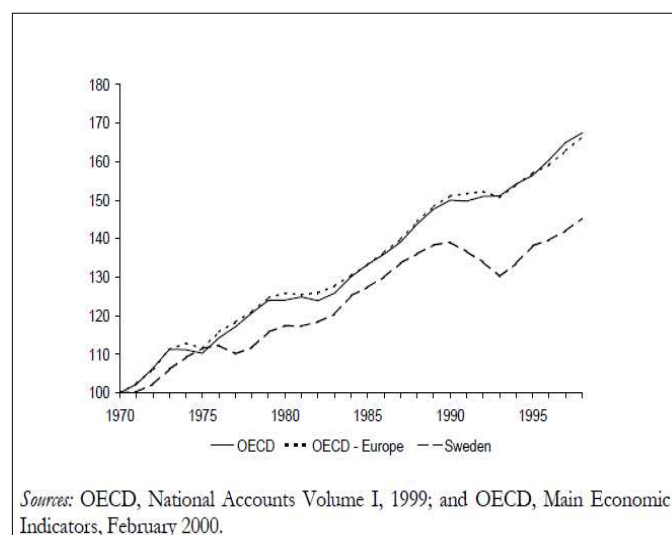


Abbildung 1: BIP pro Kopf Schweden 1970-1998 im Vergleich mit OECD-Ländern bzw. OECD-Europa (1970=100)

⁴ Die Grafik wurde aus Lindbeck (2000) entnommen.

Bis zum Ende der 1960er Jahre verzeichnete die schwedische Volkswirtschaft noch ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von vier Prozent jährlich. In den Folgejahren wurde die schwedische Wirtschaft regelmäßig von kleineren Krisen erschüttert (1971: +0,9 Prozent, 1977: -1,6 Prozent; 1981: -0,2 Prozent). Das Wachstum betrug durchschnittlich nur noch etwa 2 bis 2,5 Prozent und nahm in den Jahren 1991 bis 1993 sogar einen negativen Wert an. In den Jahren nach der Krise stabilisierte sich das Wachstum wieder bis zum Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise im Herbst 2008.

II.2 Der schwedische Haushalt

Die Staatsquote Schwedens belief sich Mitte der 1980er Jahre auf etwa 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, was einer Verdoppelung zwischen 1960 und 1980 entsprach (Forslund 1997). In den darauffolgenden Jahren überschritten die Ausgaben kontinuierlich die Einnahmen. So entwickelte sich ein fortlaufender Negativsaldo der Finanzierung der öffentlichen Hand zwischen 1978 und 1986. 1993 erreichte das Budgetdefizit einen Spitzenwert mit etwa zwölf Prozent des BIP. Lindbeck et al. (1994) sehen in diesem dramatischen Anstieg der Staatsausgaben das Resultat der Unfähigkeit der Anpassung der Institutionen an ein geringeres Produktivitätswachstum. Erst durch umfangreiche wirtschaftspolitische Reformen wie Steuererhöhungen und die Reformierung des Pensionssystems in den Jahren 1993 und 2000, konnte das Budget in den Folgejahren konsolidiert werden. Zum Vergleich: In Österreich konnte zu keinem Zeitpunkt ein ausgeglichenes Budget oder Überschüsse im Staatshaushalt ausgewiesen werden (Marterbauer 1998b).

Eine detaillierte Analyse der Einnahmen- und Ausgabenseite des schwedischen Haushaltes folgt in Kapitel IV der vorliegenden Arbeit.

Zu beachten ist, dass die schwedische Regierung 1997 ein Verfahren zur Deckelung der Staatsausgaben, eine so genannte *expenditure ceiling*, eingeführt hat. Genauere Informationen dazu finden sich in Abschnitt zwei von Kapitel IV.

II.3 *Der schwedische Arbeitsmarkt*

Über 30 Jahre hinweg hielt der schwedische Arbeitsmarkt die Arbeitslosenquote auf extrem niedrigem Niveau und überschritt praktisch nie vier Prozent. Arestis (1986) weist darauf hin, dass trotz der schwierigen Jahre ab 1973 (Ölkrise, konservative Regierung von 1976 bis 1982) die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt bei 2,3 Prozent gehalten wurde. Im Vergleichszeitraum von 1970 bis 1984 stieg die Arbeitslosigkeit zB. In Großbritannien von etwa 1 Prozent auf mehr als 12 Prozent.

Diese im Vergleich zum OECD-Durchschnitt niedrige Arbeitslosigkeit wurde durch aktive Arbeitsmarktpolitik und ein gut ausgebautes Sozialsystem erreicht. Soziale Einrichtungen, medizinische Versorgung, Schulen und Universitäten und Kinderbetreuungsstätten, machten in den frühen 1990er Jahren noch 28 Prozent des BIP aus. In der öffentlichen Verwaltung bzw. im öffentlichen Sozialbereich waren rund 35 Prozent aller Beschäftigten tätig (Forsslund, 1997). Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1990er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit innerhalb weniger Monate auf zehn Prozent und mehr (Marterbauer, 1998a). Die historisch niedrigen Werte der 1970er Jahre konnten in den Boomjahren vor der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht wieder erreicht werden.

II.4 Die schwedische Krise 1991-1993

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre fiel die schwedische Wirtschaft in eine tiefe Krise. Die Basis für diese Krise bildeten laut Marterbauer (1998a) falsche wirtschaftspolitische Regulierungen in den achtziger Jahren, und zwar die Dezentralisierung der Lohnverhandlung (Lohnverhandlungen auf betrieblicher Ebene) und die Deregulierung der Kreditmärkte. Das schwedische System der sozialen Sicherung war für eine Situation der Vollbeschäftigung konzipiert und die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte stieg aufgrund rückläufiger Produktion und Einkommen, und damit sinkender Steuereinnahmen und hoher, durch Arbeitslosigkeit bedingte Sozialausgaben, innerhalb weniger Monate auf 13 Prozent des BIP.

Diese Umstände bildeten den Auslöser einer intensiven Diskussion um Reform und Redimensionierung des Wohlfahrtsstaates. Tiefe Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat wurden als notwendig erachtet, um die öffentlichen Haushalte und die gesamtwirtschaftliche Situation zu stabilisieren. Neben umfangreichen Steuererhöhungen, Kürzungen der Transfers und der öffentlichen Angebote an Sozialdienstleistungen gilt die Reform des Pensionssystems als wichtiger Baustein.

Die Pläne für die erste dieser Reformen wurden unter der bürgerlich-konservativen Regierung entwickelt und von der sozialdemokratischen Regierung nach 1994 umgesetzt. Das Pensionssystem solle weiterhin auf den zwei Säulen, Volkspension (Basisrente) und einkommensabhängige Zusatzpension, beruhen, jedoch in einer anderen Hierarchie. Bis 1994 war die Volkspension die Basis, auf der das einkommensabhängige Zusatzpensionssystem aufbaute. Mit der Reform Mitte der 1990er Jahre wurde die Zusatzpension zur ersten Säule des Systems, die Volkspension wird

nur mehr an jene Personen über 65 ausgezahlt, die keine oder nur eine sehr geringe Zusatzpension haben. Neu, und das Pensionssystem ergänzend, ist seit dieser Reform ein verpflichtendes, individuelles und dem Kapitaldeckungsverfahren entsprechendes Element: Alle Beschäftigten müssen 2 Prozent ihrer Bruttolöhne auf ein Pensionskonto einzahlen, das sie im Rahmen des öffentlichen Pensionssystems oder bei privaten Anbietern eröffnen können. Pensionserhöhungen werden seither an die Entwicklung der Netto-Reallöhne gebunden und sind somit abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, der Inflation und der Ausgestaltung des Lohn- und Einkommenssteuersystems.

Da dieses System, das seit dem Jahr 2000 stufenweise ausläuft, vom Großteil institutionalisierten, politischen und sozialen Kräften in Schweden als zu kostspielig erschien, erfolgte eine zweite großangelegte Reform des Pensionssystems in den späten 1990er Jahren. Hinter dieser neuen Reform stehen mehrere Leitgedanken. Die Rentenausgaben des Staates sollen weiter gesenkt und Arbeitsanreize geschaffen werden. Weiters soll das neue System ab 2000 stärker versicherungstechnisch und weniger umverteilend gestaltet sein. Die Finanzierung der Grundsicherung für all diejenigen, die nur geringe oder gar keine Anwartschaften angespart haben, wird aber weiterhin aus dem schwedischen Haushalt bestritten (Hort, 2008).

Das vorliegende Kapitel soll so kurz als möglich aber so umfassend als nötig einen kurzen historischen Abriss der Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaates geben. Eine eingehende Analyse der Entwicklung des schwedischen Modells mit Fokussierung auf *knowledge-intensive industries* und *advanced welfare state* findet sich beispielsweise bei Kokko (2010).

III Die Weltwirtschaftskrise in Schweden

Nach einigen wirtschaftlich starken Jahren, insbesondere Mitte des letzten Jahrzehntes, hinterließ die Weltwirtschaftskrise auch in der schwedischen Volkswirtschaft tiefe Spuren. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Variablen einen Überblick über das Ausmaß der Krise in Schweden liefern, um anschließende wirtschaftspolitische Maßnahmen besser zu verstehen. Tabelle 1 zeigt ausgewählte Variablen in den letzten fünf Jahren.

Tabelle 1: Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 2005-2010

Variable	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP real (Änderung in %)	3,2	4,3	3,3	-0,4	-5,1	1,8
BIP pro Kopf in €	33900	35200	36100	35500	33400	***
Privater Konsum in % des BIP	48,2	47,2	46,7	46,7	48,8	48,8
Inländische Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr	2,9	3,8	4,6	0,2	-5,0	2,2
Sparquote privater Haushalte in %	8,34	9,42	11,58	13,92	15,27	***
Bruttoinvestitionen in % des BIP	17,7	18,7	20,3	20,4	16,6	16,9
Exporte in % des BIP	48,4	51,1	51,9	53,3	48,5	47,9
Importe in % des BIP	40,6	43	44,4	46,4	41,6	41,3
Handelsbilanzüberschuss	7,8	8,5	7,5	6,9	6,9	6,6
Gesamtverschuldung in % des BIP	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,7*
Neudefizit/Überschuss in %	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,2*
Inflation (Änderung in %)	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	2,2*
Arbeitslosenrate	7,6	7,0	6,1	6,2	8,3	9,3*
Reallöhne**	2,2	1,9	1,4	0,9	***	***
ausländische Direktinvestitionen*	-4,5	0,7	-2,3	1,2	-5,1	-2,0

Alle Daten stammen von Eurostat wenn nicht anders angegeben; *IMF (2010);

Statistics Sweden; *leider keine Daten vorhanden

III.1 Indikatoren der Wirtschaftskrise

Trotz dem stärksten Wachstumseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg im Vorjahr gehören Schwedens Finanzen zu den gesündesten in Europa, wie Tabelle 1 und die folgenden Ausführungen zeigen.

- **BIP:** In den letzten Jahren hatte auch Schweden mit den ökonomischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen. Das reale BIP stieg zwischen 2005 und 2007 noch um durchschnittlich 3,6 Prozent. Die Folgen der Krise ließ das reale BIP zuerst um 0,4 Prozent (2008), und danach um 5,1 Prozent (2009) einbrechen. 2010 erholte sich die Wirtschaft und wuchs um 1,8 Prozent real. Von den skandinavischen Ländern konnte allein Norwegen einen geringeren Rückgang des realen BIP aufweisen (-1,4 Prozent in 2009). Mitverantwortlich für den Rückgang des schwedischen BIP ist sowohl eine stark gesunkene inländische Nachfrage nach Gütern, als auch ein relativ starker Rückgang der Exporte. Trotz des Rückgangs um 1,6 Prozent (2008) und 6 Prozent (2009) zählt Schweden mit einem pro-Kopf-Einkommen von 33400 Euro zu den reichsten Ländern der Welt und liegt innerhalb der EU-27 nach Luxemburg und Norwegen auf Rang drei (EU-27-Schnitt: 20600 Euro).

- **Sparquote und Investitionen:** Die Sparquote privater Haushalte wuchs in Schweden in den letzten Jahren kontinuierlich an und erreichte 2009 einen Rekordwert von 15,3 Prozent. Gleichzeitig sank die Investitionsfreudigkeit der schwedischen Wirtschaft innerhalb einer Periode um annähernd vier Prozent. Für das Jahr 2010 wird ein geringer Anstieg prognostiziert. Die Investitionen lägen somit weiterhin mehr als einen Prozentpunkt

unter dem EU-27 Durchschnitt und rund zwei Prozentpunkte unter dem des Euro-Raumes.

- **Außenhandel:** Mitverantwortlich für den Einbruch der schwedischen Wirtschaft 2009 zeichnete der Rückgang der Exporte um fünf Prozentpunkte. Die reale Abwertung der schwedischen Krone um etwa 15 Prozent verbilligte Exporte und erhöhte die Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Exportindustrie relativ zum Ausland. Die Importe stiegen kontinuierlich vor der Krise von etwa 40 Prozent des BIP auf mehr als 46 Prozent 2008. Nach Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 gingen die Importe aufgrund der gesunkenen Nachfrage in Schweden zurück und werden 2010 bei etwa 41 Prozent des BIP liegen.

- **Staatshaushalt und -verschuldung:** Die Gesamtverschuldung des schwedischen Staates stieg durch die Weltwirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Ländern nur minimal. Nach dem Ende der Krise zu Beginn der 1990er Jahre verbuchte der schwedische Haushalt noch ein Defizit von 7,4 Prozent in 1994. Ab 1998 konnte, mit einigen Ausnahmen (2002 und 2003) ein Budgetüberschuss erwirtschaftet werden. Diese Performance bildet auch die Grundlage für eines der niedrigsten Defizite aller EU-Mitgliedstaaten in der Krise 2009. Die schwedische Regierung scheint in den wirtschaftlich schwierigen Jahren ihre Finanzen besser als andere Länder im Griff gehabt zu haben. Dies wird durch den großen Abstand zum EU-27-Durchschnitt (minus 6,8 Prozent in 2009) deutlich. Um zukünftige Budgetdefizite zu vermeiden, entschied die schwedische Regierung 1997 eine Ausgabendeckelung - *expenditure ceiling* - einzuführen, genauere Erläuterungen der Einnahmen- und Ausgabenseite finden sich in Abschnitt IV. Der Internationale Währungsfonds (IWF, 2010) prognostiziert für die Jahre 2010 und 2011 ein leichtes Minus für den schwedischen

Staatshaushalt, welches jedoch wesentlich geringer ausfallen wird als in anderen EU- und OECD-Ländern (siehe Abbildung 2)⁵.

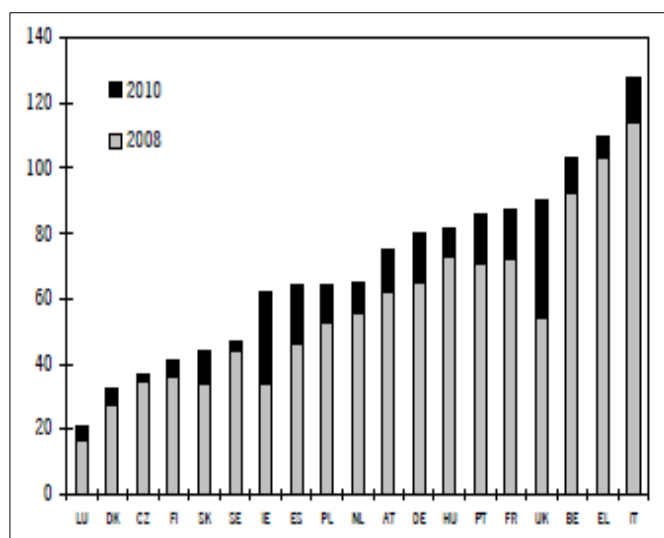


Abbildung 2: Gesamtverschuldung in Prozent des BIP

2008 (hell) und 2010 (dunkel); Quelle: OECD

Die europaweiten guten Konjunkturprognosen dürfen jedoch die Bemühungen um eine Konsolidierung der Budgets nicht beeinträchtigen. Durch die vorübergehende günstige Wirtschaftsentwicklung könne ein Defizitabbau rascher erfolgen.

- **Inflation:** Die Inflation betrug in Schweden im Jahr der Krise 1,9 Prozent. Damit lag dieser Wert im Vergleich zu den EU-27-Ländern um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt. Irland, Portugal, Japan, die Schweiz und auch die USA mussten im Vergleichszeitraum sogar einen leichten Preisrückgang (Deflation) verzeichnen. Die für 2010 prognostizierte Inflation von 2,2 Prozent liegt somit, wie auch 2009, nahe beim Inflationsziel.

⁵ Die Grafik wurde aus dem 'Budget Statement 2010' des schwedischen Finanzministeriums entnommen; aufgelistete Länder: LU, DK, CZ, FI, SK, SE, IE, ES, PL, NL, AT, DE, HU, PT, FR, UK, BE, EL, IT

- **Arbeitslosigkeit:** Im Jahr der Krise stieg die Arbeitslosigkeit in Schweden um 2,1 Prozentpunkte und lag mit 8,3 Prozent im Jahresdurchschnitt knapp unter dem EU-27-Schnitt von 8,9 Prozent. Nur Norwegen, die Niederlande und Österreich konnten die Arbeitslosenquote unter fünf Prozent halten. Im April 2010 erreichte die Arbeitslosigkeit mit 9 Prozent ihren Höchstwert seit 1998 und liegt aktuell im August 2010 bei 8,2 Prozent. Da der wirtschaftliche Abschwung in vielen Bereichen relativ schnell gedämpft werden konnte und Unternehmen daher nicht gezwungen waren im großen Maße Arbeitsplätze abzubauen, wie dies in der Krise der 1990er Jahre der Fall war, konnte ein noch stärkerer Anstieg der Arbeitslosenquote vermieden werden. Für das Jahr 2010 wird mit einem weiterem leichten Rückgang der Erwerbstätigenzahlen gerechnet. 2011 soll die Beschäftigung wieder leicht ansteigen.

Erschreckend hoch sind die Arbeitslosenzahlen der Gruppe der 15-24-jährigen. Die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den europaweit höchsten und liegt mit 26,2 Prozent im März 2010 weit über dem Niveau der EU-27-Länder (20,6 Prozent) oder Österreichs (9,3 Prozent).⁶ Lediglich in Spanien, Griechenland, Italien, Kroatien und den drei baltischen Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit über derer Schwedens. Ungeachtet der ökonomischen Folgen derart hoher Arbeitslosenraten, besteht die Gefahr ernster politischer und sozialer Folgen für den Zusammenhalt in der schwedischen Gesellschaft.

- **Reallöhne:** Die preisbereinigten Bruttolöhne wuchsen im Zeitraum von 2000 bis 2008 in Schweden um 17,9 Prozent (BRD: -0,8 Prozent, AUT: +2,9 Prozent, NED: +12,4 Prozent, DEN: +19 Prozent, Großbritannien +26,1 Prozent). In mehreren mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern legten die realen Bruttolöhne im

⁶ Die Jugendarbeitslosigkeit verringerte sich bis August 2010 auf 25,2 Prozent. Der Wert für März 2010 wurde aus dem Grund herangezogen, da in diesem Monat für alle Länder Daten vorhanden waren. Quelle: Eurostat

selben Zeitraum jedoch um mehr als 100 Prozent zu. Einsamer Spitzenreiter war Rumänien mit einem Reallohn- Plus von 331,7 Prozent, gefolgt von Lettland mit 188,5 Prozent. Durchschnittlich wuchsen die realen Löhne in Schweden zwischen 1998 und 2008 um knapp über zwei Prozent jährlich (Friberg, 2009:59). Das schwedische Konjunkturforschungsinstitut NIER (National Institut of Economic Research, 2009) spricht auf Grund der noch nicht überstandenen Wirtschaftskrise von einer prekären Situation der Lohnentwicklung. Ein geringer Anstieg der Löhne hätte hiernach positive Auswirkungen auf das BIP und die Beschäftigung, zu gering dürfe dieser Anstieg jedoch nicht ausfallen. Ein zu hoher Anstieg der Löhne würde hingegen die Entwicklung der Wirtschaft hemmen, da diese hohen Löhne auch zu höheren realen Zinsen führen.

III.2 Maßnahmen und Wege aus der Krise

Durch welche kurzfristigen Bemühungen und Maßnahmen versuchten die Parteien der bürgerlich-konservativen Regierungskoalition der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken? Ein erstes Konjunkturpaket wurde im Herbst 2008 verabschiedet, weitere folgten im Frühjahr 2009. Diese beinhalteten unter anderem eine Stützung des Finanzsektors um das Vertrauen in das Finanzsystem zu stabilisieren, Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer, Exporthilfen wie die Abwertung der Krone, Stützung der Autoindustrie und staatliche Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, den Gesundheitssektor und den Energiesektor.

Stabilisierung des Finanzmarktes

Zur Stabilisierung des Finanzmarktes wurden folgende Maßnahmen durch die schwedische Regierung beschlossen (Government Offices of Sweden, 2010):

- Ein freiwilliges Bankengarantieprogramm, das die Kreditaufnahme für Banken und andere Finanzinstitutionen garantieren sollte
- Eine freiwillige 'Finanzspritze', die die Risiken einer Kreditklemme verringern sollte
- Kredite mit unterschiedlichen Laufzeiten (drei, sechs und zwölf Monate) sollen den Banken größeren finanziellen Spielraum ermöglichen
- Ein Gesetz zur Staatshilfe für Kreditinstitute: Die Regierung behält sich damit das Recht vor, derartige Institute in akuten Krisen zu übernehmen
- Für die Finanzierung dieser Maßnahmen wurde ein Stabilisierungsfonds über knapp 1,6 Mrd. Euro eingerichtet

Das von der Regierung im Oktober 2008 eingeführte Garantieprogramm für Banken läuft zwar noch bis Dezember 2010, doch schon seit Ende Juni nimmt kein Institut mehr teil. Mit diesem Programm sollten potentielle Liquiditätsengpässe von Bankhäusern und Hypothekarinstituten durch eine Garantie gemildert werden. Die vorgesehenen Staatsgarantien für Neuausleihungen im Umfang von umgerechnet ca. 160 Mrd. Euro wurden nur zu einem kleinen Teil beansprucht. Für den schwedischen Staat bedeutete das Garantieprogramm ein lukratives Geschäft. Die Reichsschuldenverwaltung rechnet mit einem Überschuss von knapp 600 Mio. Euro. Und unter dem Strich sind die positiven Effekte höher, da eine Systemkrise, verursacht durch Bankzusammenbrüche, verhindert werden konnte.

Zum Schutz gegen zukünftige Finanzkrisen führte Schweden bereits im Oktober 2009 eine 'Abgabe für Banken' ein. Exakt 0,018 % ihrer

Bilanzsumme müssen die schwedischen Banken für die Jahre 2009 und 2010 an den Staat abführen (Government Offices of Sweden, 2009). Dieses Geld kann bei künftigen Krisen als Stabilitätsfonds verwendet werden. Der Satz soll ab 2011 verdoppelt werden und in den nächsten fünfzehn Jahren etwa 2,5 % des BIP in die Kasse des Staates spulen. Diese Summe entspricht ungefähr den durchschnittlichen Kosten einer neuen Bankenkrise für die öffentliche Hand. Erfahrungen mit derartigen Maßnahmen hat Schweden in der Finanzkrise der 1990er Jahre gesammelt, als als Antwort auf das Platzen der Immobilienblase und die darauffolgende Bankenkrise Bad-Bank-Modelle ins Leben riefen. Diese Banken und Auffanggesellschaften bekamen vor allem die schlechten Kredite – mit der Aufgabe, möglichst viel Geld zurückzuholen. Dieses Modell wurde in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auch in anderen Ländern der EU, beispielsweise in Deutschland, übernommen.

Geldpolitik

Um kurzfristig das Geldangebot zu erhöhen, senkte die schwedische Reichsbank die *repo rate*⁷ schrittweise seit September 2008 von 4,75 auf 0,25 Prozent. Aktuell liegt die *repo rate* bei 0,75 Prozent und soll bis 2011 auf 1 Prozent steigen (Government Offices of Sweden, 2010), und damit eine Zeit der (moderat) kontraktiven Geldpolitik einläuten. Die Zinssätze für Einlagen bzw. Ausleihungen bei der schwedischen Zentralbank orientieren sich ausschließlich an den Änderungen der *repo rate*, und liegen derzeit bei 0,0 Prozent (Einlagensatz) bzw. 1,5 Prozent (Satz für Ausleihungen).

Fiskalpolitik

- Bereits im Herbst 2008 wurden für das Jahr 2009 umgerechnet knapp 3,5 Mrd. Euro Mehraufwendungen veranschlagt.

⁷ The repo rate is the rate of interest at which banks can borrow or deposit funds at the Riksbank for a period of seven days (Riksbank).

Diese Maßnahmen beinhalteten Steuererleichterungen für die unteren und mittleren Einkommensschichten als auch PensionistInnen, Verringerungen diverser Sozialleistungen aber auch Ausgaben für Infrastruktur, den Gesundheitssektor, Forschung und Ausbildung.

- Ein weiteres Konjunkturpaket i.H.v. knapp einer Milliarde Euro wurde noch im Winter 2009 lanciert. Diese Mittel wurden für Infrastrukturprojekte und zur Bekämpfung der kurz- und langfristigen Arbeitslosigkeit eingesetzt.
- Für das Jahr 2010 wurde ein weiteres Maßnahmenpaket zur Stärkung der lokalen Gemeindefinanzen von der Regierung beschlossen, um weitere Auswirkungen der Finanzkrise zu reduzieren. Umgerechnet rund 700 Mio. Euro werden hierfür zur Verfügung gestellt.

Mit knapp neun Milliarden Euro seit Beginn der Krise 2008 (2,7 Prozent des BIP; eine Empfehlung der EU-Kommission lag bei 1,2 Prozent des BIP) und den einhergehenden Auswirkungen hat die schwedische Regierung die höchsten fiskalpolitischen Maßnahmen aller OECD-Länder eingeleitet. Abbildung 3 zeigt die Ausmaße aktiver Fiskalpolitik als auch der automatischen Stabilisatoren in unterschiedlichen OECD-Mitgliedsländern⁸. Schweden weist den höchsten Anteil der fiskalpolitischen Konjunktursteuerung gemessen am BIP aller Länder aus (12 Prozent). Der Anteil diskretionärer Fiskalpolitik zählt mit etwa drei Prozent ebenfalls zu den höchsten Werten der angegebenen OECD-Länder.

⁸ Die Grafik wurde aus dem 'Budget Statement 2010' des schwedischen Finanzministeriums entnommen; aufgelistete Länder: SE, DK, FI, DE, JPN, ES, UK, IT, FR, PO, USA

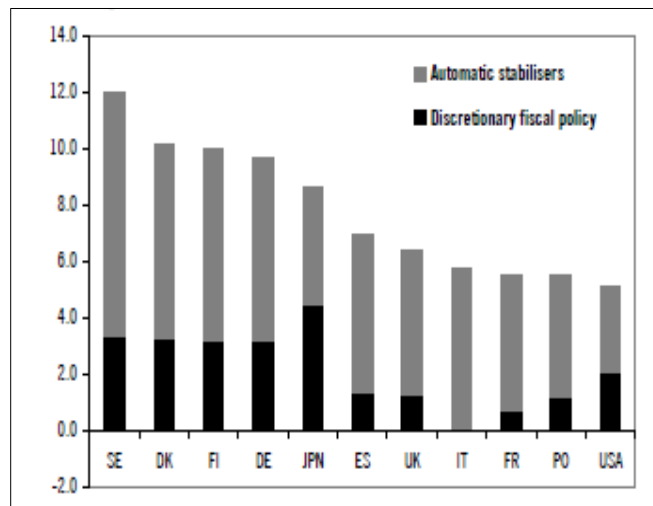


Abbildung 3: Ausmaße der fiskalpolitischen Aktivitäten und der automatischen Stabilisatoren in Prozent des BIP; Quelle: OECD Employment Outlook 2009

Expansive Geld- sowie Fiskalpolitik und die Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors milderten die Rezession in Schweden ab. Für 2010 wird eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um annähernd zwei Prozent prognostiziert. Im Gegensatz zu früheren Aufschwungphasen wird der Konjunkturzug diesmal nicht nur von der Exportindustrie angeschoben, sondern auch von der Binnenwirtschaft. Höhere Reallöhne, Steuersenkungen, der gute Zugang zu Krediten und ein geringer Inflationsdruck sollen den Konsum fördern. Damit steht das schwedische Wachstumsmodell in Konkurrenz zum Export-orientierten Wachstumsmodells Deutschlands, das von einigen ÖkonomInnen zum Teil heftig kritisiert wird (Brecht et.al. 2010).

Mit dem vorliegenden Kapitel wollen wir die Analyse Schwedens sowohl im historischen Kontext als auch im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise abschließen. Das nächste Kapitel beschäftigt sich mit der Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaats aus einer ökonomischen Perspektive, der Umverteilungstätigkeit und der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats.

IV Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Im vorhergehenden Kapitel wurden die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Schweden gezeigt. Im folgenden Kapitel soll die Entwicklung der Einnahmen- bzw. Ausgabenseite des schwedischen Haushaltes in Hinblick auf die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates dargestellt werden. Schweden lancierte bereits Anfang der 1990er Jahre, als das Land noch im Zeichen der Krise stand, ein umfangreiches Reformprogramm. Die skandinavischen Länder im Allgemeinen, und Schweden im Besonderen, entwickelten folgende Drei-Punkte-Strategie (Aiginger, 2004:400):

- Reduktion privater und öffentlicher Kosten, Ausbalancierung der Lohnentwicklung, Produktivität, und öffentliche Ausgaben sowie Steuern
- Reform der Institutionen, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte hinsichtlich geografischer Mobilität, Training und Bildung sowie Schaffung von Arbeitsanreizen
- Innovation, Bildung und Verbreitung technologischer Fortschritte als langfristige Wachstumsstrategie für die schwedische Volkswirtschaft

An dieser Stelle kann aus Gründen der Beschränkung der Arbeit nicht auf jeden Punkt extra eingegangen werden. Wir werden insbesondere die Ausgaben für den Sozialstaat sowie die Struktur des Steuersystems analysieren. Ein weiterer Fokus liegt auf der Umverteilungstätigkeit des Wohlfahrtsstaats. Insofern werden wir nur auf den ersten Punkt aus der Aufzählung von Aiginger (2004) näher eingehen.

IV.1 Einnahmenseite

Die Entwicklung der Gesamteinnahmen des Staates Schweden wird in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2: Staatseinnahmen Schweden nach Steuerart (% des BIP)

	1997-2005 (Ø)	2006	2007	2008
Steuer auf Arbeit	30,9%	29,1%	28,4%	28,5%
Steuer auf Vermögen (Kapitalbestand)	1,9%	1,4%	1,5%	1,4%
Kapitalsteuer UN	2,9%	3,7%	3,9%	3,0%
Kapitalsteuer HH	0,9%	1,3%	1,2%	0,8%
Verbrauchssteuern	12,7%	12,6%	12,7%	12,9%
Gesamteinnahmen	0,0%	55,8%	55,6%	54,7%

* Daten waren nur ab 1998 verfügbar, Quelle: Eurostat

Im europäischen Vergleich liegt Schweden hinsichtlich der Besteuerung des Faktors Arbeit mit etwa 29 Prozent des BIP sowohl weit über dem Schnitt der EU-27 (19,7 Prozent) als auch der EU-15 Länder (19,8 Prozent). Kaum ein anderes Land erhob, gemessen am BIP, so hohe Steuern auf den Faktor Arbeit. Lediglich Dänemark (25,7), Österreich (23,9) und Finnland (23,0) weisen ähnlich hohe Werte auf.

Die Erhöhung von Vermögenssteuern (z.B. Grundsteuern) werden im Zuge der stark steigenden Staatsverschuldung weltweit als (neue) Finanzierungsquelle heftig diskutiert. Schweden liegt mit 1,4 Prozent Aufkommen aus Vermögenssteuern gemessen am BIP weiter unter den Werten sowohl der EU-27 als auch der EU-15 (je 2,8 Prozent). Großbritannien erhob 2008 mehr als 5,6 Prozent Vermögenssteuern gemessen an seinem BIP. Selbst das Steueraufkommen aus Vermögenssteuern in Dänemark ist mit 2,9 Prozent mehr als doppelt so hoch verglichen mit Schweden. Hier besteht aus unserer Sicht

durchaus Platz für Steuererhöhungen, ohne den Finanzsektor Schwedens einem besonders hohen Risiko der Kapitalflucht auszusetzen.

Ein Vergleich der impliziten Steuersätze zeigt auf, dass dem schwedischen Haushalt durchaus Möglichkeiten blieben, seine Gesamteinnahmen weiter zu erhöhen. Die Steuersätze auf Arbeit (42,1 Prozent) als auch auf Konsum (28,4 Prozent) lagen 2008 signifikant über jenen der EU-27 (36,5 Prozent auf Arbeit bzw. 19,5 Prozent auf Konsum) als auch über jenen der EU-15 (36,6 Prozent auf Arbeit und 19,5 Prozent auf Konsum). Auf der anderen Seite liegt der implizite Steuersatz auf Kapital mit 27,9 Prozent im Jahr 2008 signifikant unter jenem der EU-15 (31,9 Prozent). Der Steuersatz auf Kapital in Großbritannien liegt beispielsweise bei rund 46 Prozent, ohne dass die Londoner City deswegen finanziell ausgetrocknet wäre. Der implizite Steuersatz auf Kapitalerträge und Geschäftseinkommen der Unternehmen liegt in Schweden (21,1 Prozent) im Schnitt der EU-15 (21,6 Prozent), jedoch deutlich unter jenem Großbritanniens (25,7 Prozent).

Folgende Trends bzw. Fakten lassen sich demnach aus Sicht der Steuerstatistiken beobachten:

- Die impliziten Steuersätze auf Arbeit und Konsum liegen über dem europäischen Schnitt (EU-27 bzw. EU-15).
- Die impliziten Steuersätze auf Kapital liegen weit unter europäischem Schnitt.
- Die Steuerlast auf Kapital ist, verglichen mit Großbritannien oder Dänemark, gelinde gesagt moderat und daher ausbaufähig.
- Die Gesamteinnahmen des Staates sind zwischen 1998 und 2009 kontinuierlich gesunken.

IV.2 *Ausgabenseite*

Auf der Ausgabenseite verordnete sich das schwedische Parlament 1997 eine Ausgabendeckelung, also eine Art Schuldenbremse. Die Ausgabendecke umfasst folgende Charakteristika:

- Einführung 1997
- Festlegung drei Jahre im Voraus
- Inklusion aller (zentral)staatlichen Ausgaben, ausgenommen Zinslast der Staatsschulden

Die Ausgabendeckelung kann folgende, allgemeine Form annehmen (Ljungmann 2008):

$$E_{t+n} = R_{t+n} - T_{t+n} - B_{t+n}^T - E_{t+n}^{(OC)} \quad (1)$$

In dieser allgemeinen Darstellung einer Ausgabendecke nach Ljungmann (2008) in Gleichung (1) hängt die Ausgabendecke (Term linke Seite) von folgenden Faktoren ab:

- Gesamte, prognostizierte Staatseinnahmen, $R_{(t+n)}$
- Effekt nicht berücksichtigter Steuerreformen, $\Delta T_{(t+n)}$
- Fiskalpolitisch vereinbarte Balance, $B_{(t+n)}^T$
- Gesamte, prognostizierte Staatsausgaben außerhalb der Ausgabendecke, $E^{(OC)}_{(t+n)}$

Die Einführung einer Art Schuldenbremse sollte den fiskalpolitischen Spielraum der Regierung hinsichtlich Neuverschuldung und *deficit spending* einschränken, fiskalpolitische Stabilität gewährleisten und

die Haushaltssituation des Landes entspannen. Die Auswirkungen der Ausgabendecke gestalteten sich wie prognostiziert. Im Gefolge der Krise zu Beginn der 1990er Jahre stieg die Staatsverschuldung auf etwas mehr als 70 Prozent (Abbildung 4). Tatsächlich sank die Staatsverschuldung seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich von 73 Prozent (1996) auf etwa 42 Prozent (2009). Gleichzeitig stabilisierte sich der jährliche Nettofinanzierungssaldo Schwedens im selben Zeitraum, und erreichte einen durchschnittlichen Wert von 0,33 Prozent des BIP bzw. einen Medianwert von 1,1 Prozent des BIP im beobachteten Zeitraum.

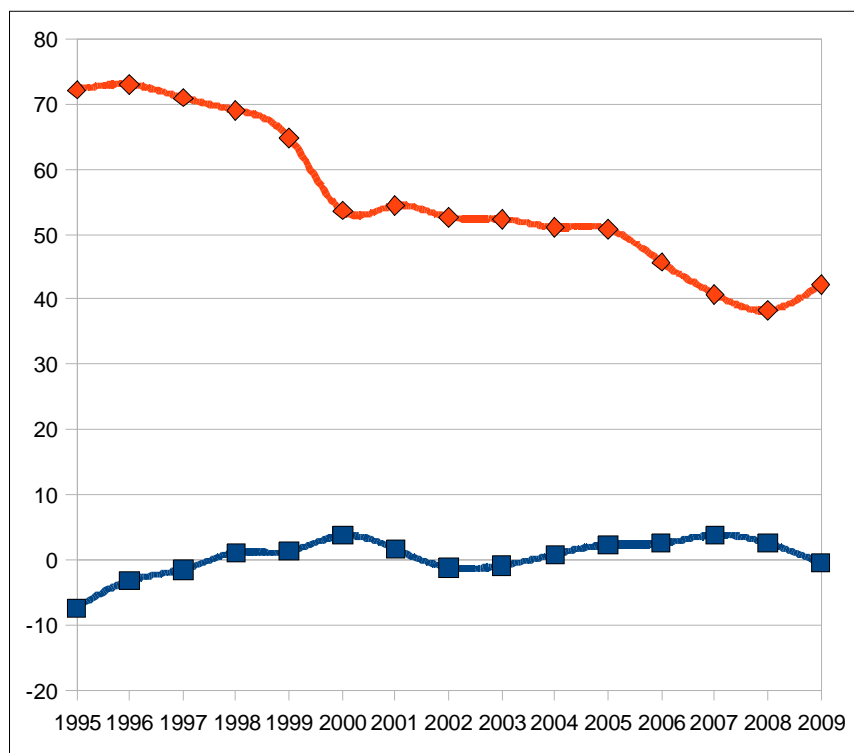


Abbildung 4: Öffentliche Gesamtverschuldung (rot)

und Nettofinanzierungssaldo (blau), Quelle: Eurostat

Abbildung 5 zeigt, dass die Ausgabendecke des schwedischen Haushaltes seit Einführung 1997 kein einziges mal überschritten wurde

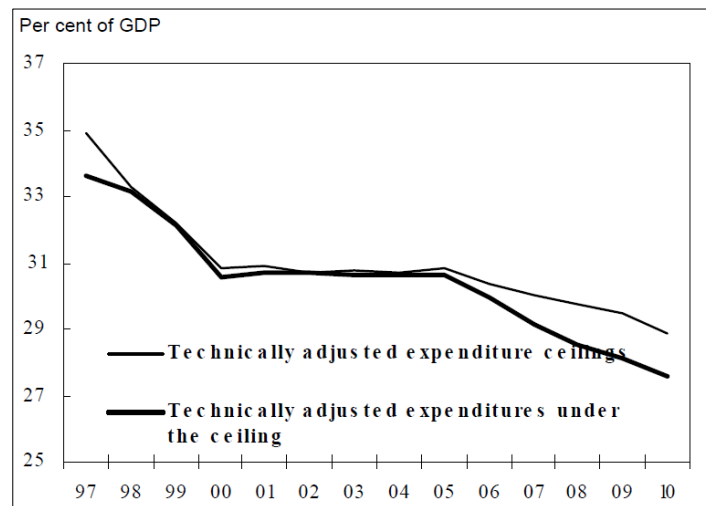


Abbildung 5: Ausgabendecke und staatliche Ausgaben, Bergvall (2008)

Offensichtlich war die Einführung einer Ausgabendecke zur Bewahrung fiskalpolitischer Stabilität und Stabilisierung bzw. Abbau der Staatsverschuldung eine erfolgreiche Strategie der schwedischen, damals sozialdemokratischen, Regierung. So erfolgreich, dass eine abgeleitete Variante der Ausgabendecke, die Schuldenbremse, für Österreichs Bemühungen, die Staatsschulden zu begrenzen, empfohlen wird (Brandner et.al. 2005: 36). Deutschland hat eine Schuldenbremse bereits 2009 beschlossen, allerdings Raum gelassen, um in Krisen mit diskretionärer Fiskalpolitik reagieren zu können. Ob dieser Spielraum ausreicht, muss wohl oder übel im Krisenfall getestet werden.

Generell besteht eine europäische Tendenz, den fiskalpolitischen Spielraum der Regierungen einzuschränken. Offensichtlich sind selbst PolitikerInnen nicht der Meinung, dass sie während *booms and busts* zu fiskalpolitisch vernünftigen Entscheidungen fähig sind. Das ist umso bedauerlicher, als das Vertrauen in die Politik als

gestaltende Kraft ohnehin schwindet, und der Trend durch derartige Maßnahmen eher bestärkt als bekämpft wird. Die Grundaussage scheint zu sein, dass eine simple Formalisierung in Form einer Gleichung mehr zustande bringt als alle ExpertInnen und PolitikerInnen einer Regierung zusammen.

IV.3 Umverteilungsaspekte des Wohlfahrtsstaates

Der "nordische" Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen, und der schwedische im Besonderen, gelten gemeinhin als besonders umverteilende Sozialsysteme. Diese Systeme sind geprägt von hohen Steuern auf Einkommen und Vermögen, und im europäischen Vergleich hohe Ausgaben für Sach- und Geldtransfers.

Im folgenden Abschnitt betrachten wir die Entwicklung ausgewählter Indikatoren der Umverteilung in Schweden verglichen mit ausgewählten Regionen und Ländern der EU.

Tabelle 3: Umverteilungsindikatoren Schweden 2008

Land/Region	Armutsgefährdung vor Sozialausgaben	Armutsgefährdung nach Sozialausgaben	Sozialausgaben in % des BIP	Gini-Koeffizient
Schweden	28,5	12,2	29,7**	24,0
EU-27	25,1	16,7	26,2**	30,6
EU-15	25,7	16,5	26,9**	30,4
Österreich	24,7	12,0	28,5	26,2

Alle Quellen stammen von Eurostat wenn nicht anders angegeben. **=Prognosewert. Die Daten zu den **Sozialausgaben in % des BIP** stammen aus dem Jahr 2007 (aktuellstes Jahr mit Daten zu allen Ländern/Regionen), alle anderen Daten stammen aus 2008. **Armutsgefährdung vor Sozialausgaben:** Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, vor Sozialleistungen, unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) festgelegt ist. **Armutsgefährdung nach Sozialausgaben:** Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) festgelegt ist.

Tabelle 3 zeigt die Entwicklung ausgewählter Indikatoren für die Umverteilungstätigkeit Schwedens im europäischen Vergleich. Im Anhang zu diesem Kapitel werden Daten zur jährlichen Entwicklung wiedergegeben. Bemerkenswert ist der geringe Unterschied zwischen der Performance in Bezug auf Umverteilung in den EU-15-Ländern verglichen mit den EU-27-Ländern, die Staaten wie Lettland, Estland oder Polen mit einbeziehen.

Während die Armutsgefährdungsquote in Schweden vor Sozialtransfers 2008 bei etwa 28,5 Prozent (EU-27: 25,1 Prozent) liegt, sinkt diese Quote auf etwa 12 Prozent nach Sozialtransfers (EU-27: 16,5 Prozent). Die Umverteilungseffekte durch Sozialtransfers ist in Schweden wesentlich ausgeprägter als in den EU-15 bzw. EU-27 Ländern. Bemerkenswert sind die Effekte in Österreich, wo allerdings die Ausgangslage (Tabelle 3, Spalte 2) weniger dramatisch ist, als in Schweden. Die Armutsgefährdung in Schweden vor Sozialausgaben liegt mit etwa 29 Prozent signifikant über dem Schnitt der EU-27 bzw. EU-15 Länder mit jeweils etwas mehr als 25 Prozent. Die Ursache für diese relativ hohe Armutsgefährdung können an dieser Stelle nicht untersucht werden, wären aber ein interessantes Feld für weitere Forschungsarbeiten.

Die aggregierten Sozialausgaben Schwedens liegen seit 1980 um etwa 29 Prozent des BIP, mit einem Höchstwert von 32 Prozent (1995) und dem niedrigsten Wert von rund 27 Prozent (1980). Seit 2003 wurde der Anteil der Sozialausgaben von 32,2 auf 29,1 Prozent des BIP in 2007 gesenkt (EU-25-Durchschnitt: 26,4 Prozent). Der größte Teil fällt hierbei auf die Ausgaben für Pensionen und das Gesundheitswesen. Gemeinsam machen diese beiden Posten zwei Drittel aller Sozialausgaben aus. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sanken, sowohl in absoluten Beträgen als auch in Relation zu den Gesamtausgaben, kontinuierlich seit 2004

und beliefen sich 2008 auf 0,9 Prozent des BIP (Statistics Sweden, 2010).

Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten als Maß der Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft bestätigt die Position Schwedens als eine der egalitärsten Industrieökonomien der Welt. Schweden ist seit Jahren gemeinsam mit Dänemark unter den Top-Nationen. Schweden liegt mit einem Wert von 0,23 etwa gleichauf mit Dänemark, jedoch vor Luxemburg (0,26) und Österreich (0,27). Der OECD-30 Schnitt liegt bei etwa 0,31. Auch wenn Schweden hinsichtlich der Einkommensverteilung noch unter den Top-Nationen der OECD liegt, hat sich die Verteilung zwar nur leicht aber doch kontinuierlich verschlechtert. Lag der Gini-Koeffizient Mitte der 1980er Jahre noch bei etwa 0,20 Punkten, und Mitte der 1990er Jahre bei 0,21 Punkten, so liegt er Mitte der 2000er Jahre bei etwas über 0,23 Punkten (OECD 2008). Dieser Anstieg des Gini-Koeffizienten erklärt sich aus der Verschlechterung der Einkommensverteilung der Haushalte. Tabelle 4 zeigt den Anstieg der Einkommen nach Quintilen in Schweden im Vergleich mit ausgesuchten OECD-Mitgliedsländern.

Tabelle 4: Trends in realen Haushaltseinkommen nach Quintilen

	Jährliche Veränderung Mitte 1980er Jahre - Mitte 1990er Jahre (Ø)					Jährliche Veränderung Mitte 1990er Jahre - Mitte 2000er Jahre (Ø)				
	Unterstes Quintil	Mittlere drei Quintile	Top Quintil	Median	Durch- schnitt	Unterstes Quintil	Mittlere drei Quintile	Top Quintil	Median	Durch- schnitt
SWE	0,5	0,9	1,2	0,9	0,9	1,4	2,2	2,8	2,2	2,3
AUT	2,5	2,7	2,8	2,8	2,7	-2,1	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6
USA	1,2	1	1,9	1	1,4	-0,2	0,5	1,1	0,4	0,7
OECD- 20*	1,3	1,5	2,1	1,5	1,7	1,7	2	2,2	2,1	2,1

*=AUS, AUT, BEL, CAN, CZE, DEN, FIN, FRA, GER, GRE, HUN, IRL, ITA, JAP, LUX, NED, NZL, NOR, PRT, SPA, SWE, UK, USA; Quelle: OECD (2008)

Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der Realeinkommen der Haushalte in ausgesuchten OECD-Mitgliedsländern von Mitte der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre bzw. von Mitte der 1990er Jahre bis Mitte

der 2000er Jahre. In Schweden konzentriert sich die Verteilung der Einkommen immer stärker im obersten Quintil, also bei den wohlhabendsten 20 Prozent der EinkommensbezieherInnen. Diese Entwicklung verschärft sich noch von Mitte der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre. Folgende Trends lassen sich beobachten:

1. Die Konzentration der Einkommen steigt in Schweden stärker als beispielsweise in den USA oder im OECD-20-Schnitt.
2. Diese Konzentration ist verantwortlich für den Anstieg des Gini-Koeffizienten. Anders ausgedrückt: Die Ungleichheit steigt, weil sich die Einkommensverteilung verschlechtert.
3. In allen beobachteten Ländern profitieren die obersten 20 Prozent am stärksten, während die untersten 20 Prozent entweder starke Verluste oder wesentlich geringere Zuwächse hinnehmen mussten.

Mit der Verteilung der realen Haushaltseinkommen wollen wir hier unsere Ausführungen zur Finanzierung und Umverteilung des Wohlfahrtsstaates beenden. Abschließend finden sich auf den letzten Seiten einige Bemerkungen und ein Ausblick zum behandelten Thema.

IV.4 Anhang zu Kapitel IV

Tabelle 5: Armutsgefährdung vor Sozialleistungen 2005-2008

Land/Region	2005	2006	2007	2008
Schweden	28,7	29,0	27,5	28,5
EU-27	25,7*	25,9*	25,9	25,1
EU-15	25,4	25,8	25,7	24,8
Österreich	24,4	25,1	24,7	24,5

*=Schätzung von Eurostat

Tabelle 6: Armutsgefährdung nach Sozialleistungen 2005-2008

Land/Region	2005	2006	2007	2008
Schweden	9,5	12,3	10,5	12,2
EU-27	15,9*	16,1*	16,7	16,5
EU-15	15,7	15,9	16,5	16,4
Österreich	12,3	12,6	12	12,4

*=Schätzung von Eurostat

Tabelle 7: Sozialausgaben in % des BIP 2005-2007

Land/Region	2005	2006	2007
Schweden	31,5	30,7	29,7**
EU-27	27,1	26,7**	26,2**
EU-15	27,7	27,3**	26,9**
Österreich	28,9	28,5	28,0

**=vorläufiger Wert

Tabelle 8: Gini-Koeffizient 2005-2008

Land/Region	2005	2006	2007	2008
Schweden	23,4	24,0	23,4	24,0
EU-27	30,3*	29,9*	30,6	30,6
EU-15	29,9	29,5	30,3	30,4
Österreich	26,2	25,3	26,2	26,2

*=Schätzung von Eurostat

V Schlussbemerkungen und Ausblick

Die vorliegende Arbeit beschreibt die Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaat bzw. der schwedischen Volkswirtschaft im Lichte der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Weiters soll ein Denkanstoß gegeben werden, den häufig angeführten Verweis auf den Erfolg oder die Überlegenheit des nordischen Wohlfahrtssystems zu hinterfragen. Die sozialdemokratische Partei Schwedens begann Mitte der 1990er Jahre unter Premier Persson mit der Umgestaltung des Wohlfahrtsystems, u.a. durch Einführung einer Ausgabendeckelung 1997 und die Pensionsreform. Der dadurch erreichte Politikwandel brachte zumindest den Sozialdemokraten in Schweden keine weiteren politischen Erfolge. Die vergangene Parlamentswahl in Schweden verdeutlicht einmal mehr, dass die Anpassung der Linken an vorherrschende polit-ökonomische Dogmen (Privatisierung, Deregulierung, Beschneidung fiskalpolitischer Spielräume) nicht zur erwarteten oder erhofften Erhaltung politischer Machtstrukturen beiträgt. Im Gegenteil. In jedem Land, indem vormals linke Regierungen sich den eingebildeten Sachzwängen der Finanzmarktlogik unterwarfen, regieren mittlerweile konservative Regierungen bzw. sozialdemokratische geführte Regierungen, die unter Koalitionen mit bürgerlichen Kräften ihr Potential für progressive Politik kaum oder gar nicht ausschöpfen können. Die Parteien des extremen rechten Lagers hatten in all diesen Ländern weitreichende Erfolge zu verzeichnen.⁹

⁹ Als Beispiele sollen an dieser Stelle die Wahlerfolge von Geert Wilders (PVV) in den Niederlanden, der aktuelle Wahlerfolg der rechtsextremen Schwedendemokraten von Jimmie Åkesson oder der anhaltende Erfolg der FPÖ in Österreich (ausgenommen die Bundespräsidentenwahl 2010) angeführt werden.

Die Aushöhlung des Sozialsystems fußt auf den "Erkenntnissen" einer auf Maximierung und Effizienz aufbauenden ökonomischen Theorie. Diese Theorie ist ebenso falsifizierbar, wie die Theorie des Geozentrismus. Die Sozialdemokratie Europas wird keine nennenswerten gesellschaftlichen Fortschritte erzielen, wenn die als unveränderbar dargestellten, weil in der Theorie so erfolgreichen, Sachzwänge der (Finanz-)Marktlogik hingenommen werden. Der öffentliche Wohlfahrtsstaat trägt viel zu sozialem Ausgleich und damit zu sozialem Frieden bei. Es ist umso erstaunlicher, dass es vor allem die reichsten Staaten der Erde mit den ausgeprägtesten Wohlfahrtsstrukturen sind, die am lautesten für die Abschaffung dieser Strukturen eintreten (Wallis, 2010).

Schwedens Wohlfahrtsstaat wird in regelmäßigen Abständen als Vorbildmodell zitiert. In dieser Arbeit wollten wir auch die Frage beantworten, ob Schweden zu Recht als "Role-Model" herangezogen wird. Unsere Erkenntnisse sind gelinde gesagt differenziert. In einigen Aspekten kann Schweden getrost als Beispiel in die Debatte eingebracht werden. In anderen Bereichen hat Schweden eigene, umfangreiche Probleme, die einen Vergleich mit anderen Ländern erschweren. Dazu gehören unter anderem die Jugendarbeitslosigkeit oder der hohe Anteil befristeter Arbeitsverträge unter den jungen ArbeiterInnen (15-24 Jahren), also die Prekarisierung junger ArbeiterInnen.¹⁰ Die Vernachlässigung der (ökonomischen) Absicherung junger Menschen ist in Schweden im Vergleich mit anderen europäischen Staaten besonders augenscheinlich. Ob sich dadurch die Marginalisierung der Sozialdemokratie in Schweden bzw. die Erstarkung der rechtsextremen Schwedendemokraten erklären lässt, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Was

¹⁰ Der Anteil befristeter Verträge unter den 15-24-jährigen ArbeiterInnen lag 2005 bei etwa 54 Prozent, wobei der Wert für Frauen bei über 60 Prozent lag (European Agency for Safety and Health at Work, 2006). Laut Informationen von Ronald Janssen (ETUC) stieg dieser Wert auf etwa 70 Prozent (Vortrag im Rahmen der WSI Summer School "Social Europe" vom 27.9.2010 bis 1.10.2010 in Berlin)

beantwortet werden kann, ist, dass die Ergebnisse des schwedischen Wohlfahrtsstaats differenziert betrachtet werden müssen. Aus unserer Sicht ist Schweden kein uneingeschränkt gutes Beispiel für die Entwicklung des nordischen Wohlfahrtsstaats.

VI Literaturverzeichnis

- Aiginger, Karl** (2004): The Three Tier Strategy followed by successful European Countries in the 1990s, in: *International Review of Applied Economics*, Vol. 18, No. 4, pp. 399-422
- Arestis, Philip** (1986): Post-Keynesian Economic Policies: The Case of Sweden, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XX, No. 3, pp. 709-723
- Bergvall, Daniel** (2008): Fiscal rules and the budget process - Sweden, Präsentation im Rahmen des *Workshop on Fiscal Discipline and Public Sector Efficiency* in Rom
- Brandner, Peter et. al.** (2005): Eine Schuldenbremse für Österreich, Studie im Auftrag des Staatsschuldenausschusses
- Brecht, Michael et.al.** (2010): Squaring the circle in Euroland? Some remarks on the Stability and Convergence Programmes 2010-2013, IMK Working Paper 3/2010
- European Agency for Safety and Health at Work** (2006): OSH in figures - Young Workers - facts and figures
- Forslund, Anders** (1997): The Swedish Model - Past, Present and Future, in: Giersch, Hrsg. (1997): *Reforming the Welfare State*, Berlin-Heidelberg: Springer Verlag
- Friberg, Kent** (2009): Wage formation in Sweden; in: *Economic Review 3/2009*, Sveriges Riksbank
- Government Offices of Sweden** (2009): Government Bill on introduction of stability fee, October 8, 2009; <http://www.sweden.gov.se/sb/d/11760/a/133218>, download am 25. September 2010
- Government Offices of Sweden** (2010): Budget Statement – Economic and Budget Policy Guidelines

- Hort, Sven O.E.** (2008): Sklerose oder ständig in Bewegung? Das schwedische Wohlfahrtssystem; in: Schubert, K. et. al (Hrsg.) Europäische Wohlfahrtssysteme, pp 525-547. GWV Fachverlage GmbH
- IMF** (2010): IMF Executive Board Concludes 2010 Article IV Consultation with Sweden, July 19, 2010; <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1088.htm>, download am 14. September 2010
- Kokko, Ari** (2010): The Swedish Model, UNU-WIDER Working Paper No. 2010/88
- Lindbeck, Assar** (2000): Swedish economic growth in an international perspective, in: *Swedish Economic Policy Review*, No. 7, pp. 7-37
- Lindbeck, Assar et.al.** (1994): Turning Sweden Around, London: The MIT Press
- Ljungmann, Gösta** (2008): Expenditure Ceilings - A Survey, IMF Working Paper No. 08/282
- Marterbauer, Markus** (1998a): Der schwedische Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise, in: Forum Politische Bildung, Hrsg.: Sozialpolitik im internationalen Vergleich, pp.70-75
- Marterbauer, Markus** (1998b) Post-Keynesian Economic Policy in Austria and Sweden; *WIFO Working Papers No. 107/1998*
- National Institut of Economic Research** (2009) Wage Formation in Sweden - Summary 2009
- OECD (2008)**: Growing Unequal - Income Distribution and Poverty in OECD Countries
- Schubert, Klaus et. al.** Hrsg. (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme – Ein Handbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schulmeister, Stephan (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise
– Ursachen, Folgen, Gegenstrategien, Materialien zu Wirtschaft
und Gesellschaft 106, AK Wien

Statistics Sweden (2010): Expenditure for social protection
continues increase; Press release from Statistics Sweden, 2010-
05-24;
http://www.scb.se/Pages/PressRelease_294038.aspx,
download am 25. September 2010

Wallis, John J. (2010): Did the New Deal save Democracy and
Capitalism? Implications for the 21st Century, unpublished
Working Paper